Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6 — Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend — Postscheckkonto Dresden 2640

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Selbstabholung monatlich Mk., durch unsere Austräger zugetragen in der Stadt monatlich Mk., auf dem Lande Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. mit Zustellungsgebühr. Alle Postanstalten und Postboten sowie unsere Austräger und Geschäftsstelle nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises.

Inseratenpreis Mk. für die 6gespaltene Kolonelzeile oder deren Raum, Reklamen, die 2spaltige Kolonelzeile Mk. Bei Wiederholung und Jahresauftrag entsprechender Preisnachlaß. Bekanntmachungen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die 2gespaltene Kolonelzeile Mk. Nachweisungs-Gebühr 50 Pfg. Anzeigenannahme bis vormittags 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät.

Erscheint seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen.

Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Lässig, für den Inseratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 139 — **Sonnabend den 17. Juni 1922.** — **81. Jahrgang**

Amtlicher Teil.

Frau **Emma Marie Anna Pietsch** geborene Helbig in **Wilsdruff** ist **als Stellvertreterin der Leichenfrau** für den 1. und 6. Wilsdruffer Leichenfrauenbezirk, umfassend die Orte Wilsdruff, Grumbach, Kaufbach, Sachsdorf und Hühndorf, bez. die Orte Sora, Lampersdorf und Lotzen in Pflicht genommen. 3729

Wilsdruff, am 14. Juni 1922. **Der Stadtrat.**

Kleine Anzeigen haben im „Wilsdruffer Tageblatt", das einen weitverzweigten u. kaufkräftigen Leserkreis besitzt, große Wirkung.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Der vorläufige Reichswirtschaftsrat stimmte dem Gesetz über die Getreideumlage für 1922 unter Ablehnung aller Abänderungsanträge zu.

* Das Gesetz über die Jugendwohlfahrtspflege wurde im Reichstage endgültig angenommen.

* Der erste Räumungstag für Oberschlesien soll nach der Unterschrift des Abkommens der Sonnabend, 17. Juni, sein.

* Im Friedenspalast im Haag wurde die Vorkonferenz zur Haager Konferenz über Rußland eröffnet.

* Aus Paris wird festgestellt, daß die Reparationskommission von der ordnungsmäßigen Zahlung der am 15. Juni fälligen 50 Millionen Goldmark durch die deutsche Regierung benachrichtigt wurde.

* Aus London wird berichtet, der amerikanische Bankier Morgan sei von Lloyd George aufgefordert worden, Ende der Woche mit ihm die Finanzlage der Welt zu erörtern.

„Gute Ratschläge."

Am 31. Mai, unmittelbar vor Ablauf der uns damals gesetzten Frist, hat die Wiederherstellungskommission sich mit der vorläufig letzten Erfüllungsnote der deutschen Regierung einverstanden erklärt und weitere Mitteilungen über die Durchführung der damals erhaltenen Zusagen in Aussicht gestellt. Jetzt, nach 14 Tagen, werden der deutschen Regierung diese Mitteilungen auf dem Umwege über die Kriegslastenkommission zugestellt, und es ergibt sich auch hier sofort, was schon nach der Fassung der Mainote aus Paris zu vermuten war, daß Herr Dubois und seine Genossen den mit gewichtigen Worten unterstrichenen Vorbehalt der deutschen Regierung einfach unter den Tisch fallen lassen.

Die wesentlichsten Zusagen der Herren Wirth und Rathenau waren damals nur unter der Voraussetzung gegeben worden, daß uns durch Gewährung einer beträchtlichen Auslandsanleihe die Erfüllung unserer Zahlungsverpflichtungen sowie die allmähliche Rückkehr zu einer geordneten Finanzwirtschaft im Innern ermöglicht würden. Diese Voraussetzung ist inzwischen, wie man weiß, durch die Entscheidung der Bankierkonferenz hinfällig geworden. Der Wiederherstellungsausschuß aber stellt sich so, als hätte er von diesen Dingen nicht die geringste Kenntnis erhalten. Er beschränkt sich darauf, auf die unmittelbar bevorstehende Ankunft des Garantiekomitees in Berlin hinzuweisen, dessen dann sofort aufzunehmende Verhandlungen mit der deutschen Regierung er, was die Kontrolle der Einnahmen und Ausgaben des Reiches, die mißbräuchliche Kapitalausfuhr und endlich die geforderte Statistik über den Warenverkehr anlangt, zunächst abwarten wolle. Darüber hinaus aber spricht er die Erwartung aus, daß unsere Regierung das ihrige tun werde, um bis zum 1. Januar 1923 aus der vom Reichstag beschlossenen Zwangsanleihe mindestens 40 Milliarden zu vereinnahmen. Sodann wird bemängelt, daß in den nach Paris übermittelten Nachweisungen der deutschen Regierung keine Angaben darüber enthalten seien, mit welchen Mitteln die großen Fehlbeträge der öffentlichen Betriebe — bei der Eisenbahn fast 17, bei der Post 2½ Milliarden Mark — getilgt werden sollen. Und daß die seit langem geforderte Autonomie der Reichsbank inzwischen durch ein Reichsgesetz sichergestellt wurde, geruhen die Herren der Reparationskommission zwar huldvollst anzuerkennen, aber auch hier sind ihre Wünsche damit noch nicht befriedigt. Die Reichsbank müsse nicht nur selbst unabhängig sein, sondern auch unabhängige Persönlichkeiten haben. Der Regierung dürften für die Ernennung des Präsidenten und des Aufsichtsrates der Reichsbank höchstens Kontrollrechte in Form eines einfachen Einspruchsrechtes zugestanden werden, während die Aktionäre bei dieser Wahl volle Freiheit genießen müßten. Ganz zufrieden werde man sogar erst sein, wenn der Regierung nur ein solches Einspruchsrecht hinsichtlich der Wahl des Reichsbankpräsidenten belassen bliebe. Man behält sich das Recht vor, ein entsprechendes neues Gesetz ausdrücklich zu verlangen. Aber noch wichtiger erscheint im Interesse einer Gesundung der deutschen Währung und des deutschen Kredites, daß die Reichsbank der deutschen Regierung nur noch nach dem „Grundsatz einer gesunden Bankpolitik" Vorschüsse leiste. Die deutsche Regierung müsse schon jetzt die Wiederherstellung einer vernünftigen „Limitierung des Emissionsrechtes" vorbereiten und fortgesetzt Anstrengungen machen, um sie so bald wie möglich durchzuführen. Andernfalls wäre zu befürchten, daß die Opfer, die jetzt vom deutschen Volke verlangt werden, um dem Anwachsen der schwebenden Schuld Einhalt zu tun, nicht ihr Ziel erreichen.

Man sieht, an guten Ratschlägen ist kein Mangel im Schoße der Reparationskommission. Ihre Güte geht sogar so weit, daß sie sich um die Gesundung der deutschen Währung und des deutschen Kredites bemüht zeigt — dieselbe Reparationskommission, die soeben erst den einzigen Weg, der, nach dem Urteil der hervorragendsten Bankfachleute der Welt, zu diesem sehr erstrebenswerten Ziele führen kann, durch ihre dem Verlangen Poincarés entsprechende Haltung verrammelt hat. Rührend ist es auch, daß sie sich um die Nutzlosigkeit der dem deutschen Volk abermals zugemuteten Opfer besorgt zeigt — dieselbe Reparationskommission, die nicht den kleinen Finger rührt, um eine pfleglame Behandlung der deutschen Wirtschaftsquellen oder eine sachgemäße Verwendung der deutschen Reparationsleistungen zu gewährleisten. Daß es nach dem Urteil von Morgan und Genossen so wie bisher nicht weitergehen kann, daß die deutsche Finanzwirtschaft, nachdem man die große Auslandsanleihe vereitelt hat, vor der unmittelbaren Gefahr einer Katastrophe steht, das sieht die Väter der neuesten Pariser Note nicht im mindesten an. Ihnen genügt es, Aktenstücke in die Welt zu setzen, die von jedem französischen Patrioten wohlgefällig aufgenommen werden, die Frage nach der Möglichkeit oder Unmöglichkeit dieser Forderungen dagegen ruhig anderen Leuten zu überlassen.

Die deutsche Regierung und ihre Reichstagsmehrheit werden sich nun abermals die Köpfe zu zerbrechen haben, was mit dieser neuesten Liebesbotschaft aus Paris zu machen sei. Den Erfüllungspolitikern wird es, daß müssen sie selber zugestehen, immer schwerer gemacht, an den von ihnen einmal beschlossenen Richtlinien festzuhalten. Wie lange noch — bis auch sie werden zugeben müssen, daß die schon so oft behauptete Unmöglichkeit dieser Art von Verständigungspolitik wirklich unmöglich geworden sei?

*

Auch keine kleine Anleihe.

Die französische Regierung hat durch ihren Gesandten in Washington bei der amerikanischen Regierung eine Anfrage gestellt, unter welchen Bedingungen die deutschen Guthaben in Amerika als Garantie für eine kleine internationale Anleihe von Amerika freigegeben werden könnten. Die amerikanische Regierung hat sich in ihrer mündlich erteilten Antwort darauf beschränkt, zu erwidern, daß zurzeit gemäß dem Gutachten des Anleihekomitees die internationale Anleihe in irgendeiner Form keine Aussicht auf Verwirklichung habe. Die amerikanische Regierung würde ihrerseits in ständiger Fühlung mit den alliierten Regierungen bleiben, um den richtigen Zeitpunkt für die Begebung einer internationalen Anleihe für Deutschland nicht zu versäumen.

Deutsch-belgisches Mark-Abkommen.

Die erfolgte Einigung.

Die Verhandlungen zwischen der belgischen und deutschen Regierung über die Zurücknahme der 6 Milliarden Mark, die nach dem Waffenstillstand in Belgien verblieben sind, haben zu einem Abschluß geführt. Die deutsche Regierung wird zu 1,25 Franken vier Milliarden von den sechs Milliarden Mark zurücknehmen. Diese Summe wird zunächst mit 2 Prozent verzinst. Fünf Jahre lang wird die deutsche Regierung lediglich die Zinsen bezahlen und dann erst mit der Abzahlung des Kapitals beginnen, die in 25 Jahren vollendet sein soll. Die restlichen 2 Milliarden wird der belgische Staat für eigene Rechnung übernehmen. Die beschlagnahmten deutschen Güter werden zugunsten der deutschen Interessenten flüssig gemacht.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Die Strafmaßnahmen zum Eisenbahnerstreik.

Der Reichskanzler hat Vertreter der drei Spitzenverbände, des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes, des Deutschen Beamtenbundes und des Afa-Bundes, der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten und -Anwärter und des Deutschen Eisenbahnerverbandes empfangen und deren Wünsche und Beschwerden zu den Maßregelungen wegen des Februarstreiks angehört. Der Reichskanzler wird nach Fühlungnahme mit den zuständigen Ressorts eine Stellungnahme der Reichsregierung baldmöglichst herbeiführen.

Das Reichsgesetz über Jugendwohlfahrtspflege.

Der Reichstag nahm das Gesetz über die Jugendwohlfahrtspflege in dritter Lesung endgültig an. Nach dem Gesetz hat jedes deutsche Kind ein Recht auf Erziehung zur leiblichen, seelischen und gesellschaftlichen Tüchtigkeit. Wenn der Anspruch des Kindes auf Erziehung von der Familie nicht erfüllt wird, tritt, unbeschadet der Mitarbeit freiwilliger Tätigkeit, öffentliche Jugendpflege ein. Das Gesetz soll am 1. April 1924 in Kraft treten.

Die Zwangsanleihe im Reichswirtschaftsrat.

Der Reichswirtschaftsrat nahm zur Verzinsung einen Antrag Dr. Hilferding mit 56 gegen 48 Stimmen an, die Regierungsvorlage wieder herzustellen, wonach die Verzinsung vom 1. November 1925 bis 31. Oktober 1930 mit 2½ Prozent und vom 31. Oktober 1930 an mit 4 Prozent erfolgt. Ein Antrag Irl, die Freigrenze auf 200 000 Mark heraufzusetzen, wurde ebenfalls mit 52 gegen 51 Stimmen angenommen. Schließlich noch ein Antrag, wonach Kleinwohnungsgrundstücke, insofern die Kleinwohnungen in den Jahren 1920 bis 1926 baulich beendet und die Verwendung mindestens 15 Jahre vom Zeitpunkt der Fertigstellung ab gesichert ist, nicht zum steuerbaren Vermögen gehören sollen. Im übrigen wurde dem Gesetzentwurf gemäß den Ausschußbeschlüssen zugestimmt.

Zustimmung des Reichswirtschaftsrats zur Getreideumlage.

Nach einer längeren Aussprache über den Gesetzentwurf zur Regelung des Verkehrs mit Getreide aus der Ernte 1922 stimmte der Reichswirtschaftsrat der Vorlage unter Ablehnung aller Abänderungsanträge zu. Vorher hatte Edler v. Braun erklärt, die Landwirtschaft lehne einmütig die Fortsetzung der Zwangswirtschaft ab. Reichsernährungsminister Dr. Fehr hob hervor, es sei unbedingt notwendig, eine Reserve an Brotgetreide für die Versorgung der Bevölkerung zu schaffen, da die Aussichten für die diesjährige Ernte nicht besonders günstig seien. Es scheine sicher zu sein, daß die diesjährige Ernte in Brotgetreide die des Vorjahres unter keinen Umständen erreichen wird.

Änderung des Erbschaftssteuergesetzes.

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei hat einen Antrag eingebracht, der einen Entwurf zur Änderung des Erbschaftssteuergesetzes enthält. In der Begründung wird ausgeführt, daß das Erbschaftssteuergesetz vom 16. September 1919 einer völligen Umgestaltung bedarf. Es handelt sich dabei zunächst um die Anpassung der Tarife, der Freigrenzen und der zahlenmäßigen Begrenzung der Steuerfreiheit an die Geldentwertung.

Die Koalition in Mecklenburg gesprengt.

Die Entscheidung über die Person des neuen Landwirtschaftsministers führte in der gestrigen Sitzung des mecklenburgischen Landtags zu einem Bruch der zwischen Sozialisten, Demokraten, Dorfbündlern und der Deutschen Volkspartei bestehenden Koalition, indem die Fraktion der Deutschen Volkspartei aus dem Koalitionsverband ausschied. Dorfbund und Deutsche Volkspartei konnten sich nicht einigen, der Kandidat des Dorfbundes Stier wurde aber mit Hilfe der Sozialdemokraten gewählt. Infolgedessen traten der der Volkspartei angehörende Kultusminister Prof. Dr. Reincke-Bloch und zugleich der Justizminister Dr. Brückner (parteilos) vom Amt zurück.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Nach einer vom Reichsminister des Innern auf Anfrage erteilten Antwort ist der Entwurf eines Reichsgesetzes über die Schutzpolizei der Länder dem Reichsrat am 31. Mai zugegangen.

Berlin. Die von einer englischen Zeitung gebrachte Meldung von dem bevorstehenden Rücktritt des Reichswehrministers Dr. Geßler ist in vollem Umfange frei erfunden. Der Minister ist seit über acht Tagen erkrankt und zurzeit bettlägerig in Lindenberg, wo er eine Kur gebraucht.

Berlin. Der Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands findet am 17. September in Augsburg statt.

Hamburg. Die Senatsvorlagen zum Ausbau des Hafens, die 150 Millionen als erste Rate für den Eisenbahnbau Hausbruch-Waltershof und 137,7 Millionen für die Arbeiten im Hafen fordern, wurden von der Bürgerschaft einstimmig genehmigt.

Cuxhaven. Die Entente fordert, daß die Wälle des Minendepots Groden niedergelegt werden, und zwar binnen vier Monaten. Die Fortschaffung der Erdmengen wird allein schon dem Reiche 600 000 Mark Kosten verursachen.

München. Die in Berlin verbreiteten Mitteilungen über Amtsmüdigkeit des Ministerpräsidenten Grafen Lerchenfeld wurden im Haushaltausschuß des bayerischen Landtages als jeder Grundlage entbehrend bezeichnet.

Genf. Der Präsident der gemischten Kommission in Oberschlesien, Calonder, ist nach Kattowitz in Begleitung des Herrn de Montenach von der politischen Abteilung des Völkerbundsrates abgereist.

SLUB Wir führen Wissen. — Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF